

DARMSTADT

13. Juli 2010 | wog |

Hans-Werner Erb legt Mandat nieder

Parlament: Sozialdemokrat zieht nach Traisa und gibt Amt als stellvertretender Vorsteher ab

Vier Jahre hat Hans-Werner Erb die parlamentarischen Debatten in Darmstadt von höherer Warte aus betrachtet. Als stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher saß er stets ...

Vier Jahre hat Hans-Werner Erb die parlamentarischen Debatten in Darmstadt von höherer Warte aus betrachtet. Als stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher saß er stets auf der Bühne, zusammen mit dem Präsidium. „Da hatte ich einen guten Überblick“, sagt Erb. Nach der Sommerpause sitzt der Diplom-Kaufmann, der bei der Sparkasse beschäftigt ist, nicht mehr dort. Erb zieht nach Traisa um und kann deshalb nicht mehr der Stadtverordnetenversammlung angehören. Auch seine Parteiämter in Darmstadts SPD hat er abgegeben.

Neunundzwanzig Jahre saß Erb für die SPD in der Stadtverordnetenversammlung und war von 2001 bis 2006 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Neun Jahre, von 1997 bis 2006, leitete er den Sportausschuss.

Geprägt war seine politische Arbeit durch Koalitionen mit Grünen und FDP. Als „richtig lebendig“ hat Erb die parlamentarische Demokratie aber erst im vergangenen Jahr empfunden. „Nachdem die Ampelkoalition auseinandergebrochen war, mussten Mehrheiten gesucht werden“, sagt Erb. Von seiner gehobenen Position im Parlament heraus sei es interessant gewesen, zu sehen, wie die Fraktionen das Gespräch gesucht hätten. Aber nicht nur das kommt seinem Verständnis von Kommunalpolitik entgegen. Respekt hat er vor allem gegenüber den Stadtverordneten entwickelt, die in kleinen Fraktionen ein großes Pensum an Arbeit bewältigen und dies in vorbildlicher Weise. In seiner Abschiedsrede vor der Stadtverordnetenversammlung nannte er dabei vor allem Kerstin Lau (Uffbasse) und Georg Hang (Alternative Darmstadt). Die Fraktionen würdigten Erb als angenehmen Gesprächspartner.

Der Darmstädter SPD will Erb weiter mit Rat zur Seite stehen. In seiner neuen Heimatgemeinde will er sich zunächst nicht kommunalpolitisch engagieren.